

Bern, 30. November 2016

## **Warum sind sie nicht längst Schweizer?**

Bundesrat und Parlament wollen die erleichterte Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation einführen. Dabei fragt man sich, wieso sich diese nicht schon längst auf dem ordentlichen Weg haben einbürgern lassen. Sie alle müssten doch, würde man meinen, problemlos die Bedingungen erfüllen, um den roten Pass zu erlangen. Für ihr Verhalten gibt es vernünftigerweise nur eine Erklärung: **Diese Menschen identifizieren sich, obwohl sie hier aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, nicht wirklich mit unserem Land. Darum ist ihnen auch nicht so daran gelegen, Schweizer zu werden. Wenn das aber so ist, bleiben sie besser Ausländer.**

### **Parallelgesellschaften fremder Kultur verfestigen?**

Je grösser die Zahl der Einwanderer aus einem bestimmten Herkunftsland und je fremder uns dessen Kultur ist, desto mehr tendieren die Immigranten dazu, **über Generationen hinweg in der angestammten Kultur zu verharren. Sie „integrieren“ sich zwar so weit, dass sie nicht ständig anecken. Im Herzen bleiben sie aber mit der Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Sie bilden eigentliche Parallelgesellschaften, sozusagen „Metastasen“ fremder Kulturen.** Mit der Schweiz haben sie nichts am Hut. Von den Vorteilen des Lebens in unserem Land können sie ja auch ohne Bürgerrecht (und Wehrpflicht) voll mitprofitieren! Gewisse ausländische Politiker wie etwa der türkische Präsident Recep Erdogan fördern diese Entwicklung gezielt. **Erdogan predigt den ausgewanderten Türken immer wieder, dass sie sich ja nicht assimilieren, sondern an ihrem Türkentum festhalten sollen. Dies stärkt seine Macht und trägt sie nach Westeuropa hinein.** Solche „Fünfte Kolonnen“ kann man nicht stoppen, indem man sie einbürgert und damit auch noch mit politischen Rechten ausrüstet. **Damit werden ganz im Gegenteil die fremdartigen Parallelgesellschaften noch verfestigt und langsam aber sicher zu einem politischen Machtfaktor, der gezielt gegen uns Schweizer arbeitet.**

### **Die Gemeinden haben nichts mehr zu sagen!**

Bei erleichterten Einbürgerungen haben die Wohnsitzgemeinden der „Neuschweizer“ nichts mehr zu sagen. Dabei wären sie doch die einzigen, die aus der Nähe sehen und beurteilen können, **ob die einbürgerungswilligen Ausländer sich an die hiesigen Sitten und Gebräuche angepasst haben und deshalb ohne Bedenken auch unsere Mitbürger werden können. Die erleichterte Einbürgerung sollte deshalb nicht ausgeweitet, sondern im Gegenteil ganz abgeschafft werden. Nur**

so entsteht auch Rechtsgleichheit zwischen allen, die unser Bürgerrecht erwerben wollen, und kann einigermaßen sichergestellt werden, dass wir nicht Leute einbürgern, die nur Schweizer werden wollen, um erst recht und noch wirkungsvoller ausländische Interessen verfechten zu können, bis hin zu radikalen Ideologien wie dem salafistischen Islam. **Sagen wir also am 12. Februar 2017 entschlossen Nein zur erleichterten Einbürgerung der dritten Ausländergeneration!**

lic. iur. Christoph Spiess, e. Gemeinderat, Co-Zentralpräsident, Zürich